

Niederschrift
Nr. 04/2021
über die **öffentliche** Sitzung des
Gemeinderats
vom 30.03.2021

Anwesende Mitglieder:

Vorsitzender:	Michael E. Pfaff, Bürgermeister
Gemeinderäte:	Gerhard Engel Dr. Michael Fischer Anita Frank Hans Frick Carl Glauner Thomas Gutmann Joachim Hermann Willi Jäckle Dr. Jaleh Mahabadi Hans-Dieter Rehm (anwesend bis 20.01 Uhr) Thomas Römpp Clemens Steinberger Monika Stockburger Michael Trein Gerhard Walter Gerold Wein
Beratende Mitglieder:	OV Peter Günther OV Uwe Hebe
Entschuldigt:	Axel Ebner Tabea Joos
Sonstige Teilnehmer:	Marc Bader Frau Dr. Breitschwerd, Firma Kommunalkonzept Danny Voigt, Firma Pooltrend UG Sascha Stösser, Firma Pooltrend UG Bernd Hettich Kathrin Schönberger Lukas Siegel Rolf Wöhrle
Schriftführerin:	Margit Doll

Beginn: 18.01 Uhr

Ende: 20.01 Uhr

Nach der Eröffnung stellt der Vorsitzende fest, dass:

1. zur Sitzung am 22.03.2021 ordnungsgemäß eingeladen wurde,
2. der Gemeinderat beschlussfähig ist,
3. die Tagesordnung am 26.03.2021 öffentlich bekannt gemacht wurde,
4. die Urkundspersonen für die heutige Sitzung StR Hermann und StR Römpf sind.

1. Kurgarten Alpirsbach – Vorstellung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung

- Vorlage Nr. 28/2021 -

Frau Dr. Breitschwerd stellt mithilfe einer Präsentation die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung vor.

BM Pfaff informiert, man habe sich innerhalb der Verwaltung entschieden, einen Planer-Wettbewerb innerhalb der nächsten 3 Monate durchzuführen, soweit dies möglich sei, so dass nach den Sommerferien die Planung und Umsetzung erfolgen können. Auch dankt er der Bevölkerung für die rege Beteiligung und Anregungen.

Das Gremium fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Vortrag zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf dessen Basis die Planung des Kurgartens in die Wege zu leiten.

2. Betreiberauswahl für das Freibad

- Vorlage Nr. 29/2021 -

BM Pfaff erläutert den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage und begrüßt die neuen Betreiber der Firma Pooltrend, die Herren Voigt und Stösser. Herr Voigt erläutert die geplanten Veränderungen vor der Öffnung anhand einer Präsentation (ist dem Protokoll beigelegt). Herr Stösser referiert über verschiedene Projekte, die die Firma in der Vergangenheit schon erfolgreich ausgeführt hat.

BM Pfaff informiert, dass ein gestellter Fördervertrag für das Alpirsbacher Freibad abgelehnt wurde, aber ein weiterer dieses Jahr gestellt werde. Des Weiteren verweist er darauf, dass der Betriebskostenzuschuss um ca. 25% höher liegen werde als in den letzten Jahren, wenn der Fortbetrieb des Freibades gewünscht wird.

StR Hermann dankt für den Mut der neuen Betreiber, das Freibad weiterzuführen.

Das Gremium fasst mehrheitlich (15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung) folgenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt nach Empfehlung des Verwaltungs- und Finanzausschusses vom 23.03.2021 die Firma Pooltrend UG und betraut sie mit dem Betrieb des Freibades.

Das Gremium fasst mehrheitlich (16 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme) folgenden

Beschluss:

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den entsprechenden Betreibervertrag und Betrauungsakt auszufertigen.

Nach Beschlussfassung beider Punkte werden der Betreibervertrag und Betrauungsakt von beiden Parteien unterschrieben. BM Pfaff bedankt sich bei den neuen Betreibern und wünscht ihnen einen guten Start in die neue Saison.

3. Beschlussfassung über den Haushaltsplan der Stadt Alpirsbach und der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 2021 - Vorlage Nr. 30/2021 -

Haushaltsrede von Bürgermeister Michael E. Pfaff zur Einbringung des Haushalts 2021 für den Gemeinderat am 30.03.2021 - Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrte Vertreter der örtlichen Presse, meine sehr geehrten Damen und Herren, Wir beschließen heute den Haushalt 2021 der Stadt Alpirsbach. Wie jedes Jahr stellen wir mit der Verabschiedung des Haushalts die Weichen für die weitere Entwicklung von unserer Stadt. Doch sonst, meine Damen und Herren, ist nichts wie jedes Jahr. Die Corona-Pandemie bringt die ganze Welt durcheinander. Was ein kleines Virus in unserer globalisierten Welt anrichten kann, mit dem hat wahrscheinlich niemand gerechnet. Wir standen, wir stehen, noch vor einer völlig neuen Herausforderung. Wir mussten und müssen alle Kräfte mobilisieren, um die Krise zu überwinden. Gerade bei uns als tourismusorientierte Stadt sind unsere Beherbergungsbetriebe und Gaststätten besonders betroffen. Die Kompensation durch staatliche Hilfen in Milliardenhöhe sowie die verbesserten Regelungen zum Kurzarbeitergeld erreichen nicht alle und bringen Betriebe, Selbstständige und Unternehmen in Existenznot. Wir alle sehnen uns nach einer verlässlichen Perspektive für die Überwindung der Pandemie und vor allem wie es danach weitergeht, zumal sich die Dynamik durch Virusmutationen erhöht und die Impfungen wegen Mangel an verfügbarem Impfstoff nur langsam anlaufen. Auch für uns in den Kommunen ist es besonders schwer, durch die Krise zu kommen. Plötzliche Kita- und Schulschließungen drohen ständig, Verordnungen, die meist übers Wochenende bei uns ankommen, sind kurzfristig umzusetzen und die finanziellen Folgen für uns sind enorm, aber im Moment in Gänze noch nicht absehbar. Wir haben in den vergangenen Monaten einen teils erheblichen Mehraufwand betreiben müssen, um unsere städtischen Einrichtungen zumindest im jeweiligen Pandemiemodus wieder öffnen zu können. Damit einher gehen zahlreiche Ausfälle, seien es z. B. Benutzungsgebühren für unsere Hallen und Veranstaltungsstätten oder die geringeren Steuereinnahmen durch die Lockdowns und die weiterhin bestehenden, nun wieder ganz massiven Einschränkungen, die vor allem unser Gastgewerbe, aber auch den Handel, sowie den Dienstleistungssektor mit brachialer Gewalt treffen. Diesen partiellen Stillstand haben wir nicht zu verantworten, dennoch müssen wir die daraus für uns entstehenden Folgen tragen. Unser Blick nach vorne ist daher aus finanzieller Sicht entsprechend getrübt, aber das ist keinesfalls ein Grund, die Augen zu verschließen oder gar tatenlos abzuwarten. Eines ist klar, wir können nicht mit rasch wieder steigenden Einnahmen rechnen, müssen aber weiterhin hohe Ausgaben einkalkulieren. Die Auswirkungen der Pandemie auf die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte und damit auch von unserem Stadthaushalt werden uns noch lange beschäftigen und herausfordern. Wir sind auf dem Weg und jeder, wirklich jeder, ist aufgefordert, seinen Beitrag zu leisten.

Der französische Schriftsteller Victor Hugo hat einmal gesagt: **„Die Zukunft hat viele Namen. Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare. Für die Furchtsamen ist sie das Unbekannte. Für die Mutigen ist sie die Chance.“**

Auch der städtische Haushalt blickt mit seinem Finanzplan bis 2024 auf die finanzielle Zukunft unserer Stadt. Beim aktuellen Blick durch die „Corona-Brille“ auf die kommenden Jahre stellt sich für mich folgende zentrale Frage: „Wie werden sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Alpirsbach, im Landkreis, in der Region und gesamtwirtschaftlich entwickeln?“ Ungewiss ist, wann die Corona-Pandemie und deren finanziellen Folgen bzw. Spätfolgen überwunden sind. Wahrscheinlich ist, dass die Haushalte bis zum Jahre 2023 sich fest in den Händen der Corona-Pandemie befinden und die Gestaltungsspielräume einschränken. Gesichert ist, dass die Stadt in den vergangenen Jahren den konjunkturellen Aufschwung und die gute wirtschaftliche Lage genutzt hat und die Verschuldung Jahr für Jahr kontinuierlich abgebaut hat. Gesichert ist aber auch, dass die Abschreibungen mittelfristig nicht erwirtschaftet werden können. Trotz Corona oder gerade wegen Corona sollten wir deshalb auch weiterhin frei nach Victor Hugo „mutig“ in die Zukunft blicken und mit dem notwendigen Optimismus unsere Aufgaben für unsere Bürgerinnen und Bürger erfüllen, in dem wir nach den Ergebnissen unseres Stadtentwicklungsprogrammes in die städtischen Einrichtungen und in die Infrastruktur mit Augenmaß und Weitblick investieren und unsere Stadt zukunftsorientiert weiterentwickeln. Ich werde mich heute in meiner Haushaltsrede auf die wichtigsten Eckdaten des Haushalts 2021 konzentrieren, da der Haushalt im Vorbericht dem Gemeinderat vorliegt.

1. Haushaltsvolumen

Das Volumen des Gesamthaushalts beläuft sich 2021 auf 21,1 Mio. €. Damit steigt das Niveau gegenüber dem Vorjahr. Davon entfallen auf den laufenden Ergebnishaushalt 15,3 Mio. €. Gegenüber dem Haushaltsplan des Jahres 2020 sind dies 900.000,- € mehr.

Der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge liegt bei	13,5 Mio. €
<u>der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen bei</u>	<u>15,3 Mio. €</u>
<u>Das ordentliche Ergebnis mit einem Defizit von</u>	<u>- 1,8 Mio. €</u>

Im Finanzhaushalt sind für Investitionen 5,5 Mio. € veranschlagt, das sind 0,90 Mio. € mehr als im Vorjahr. Der Finanzhaushalt aus Finanzierungstätigkeit umfasst ein Volumen von 1,5 Mio. € und liegt damit 500.000,- € unter dem Niveau des Vorjahres. Dies ist das Ergebnis einer sehr zurückhaltenden Ausgabenpolitik. Zum Beispiel am Straßenbild ist an vielen Stellen deutlich zu erkennen, dass wichtige Investitionen geschoben werden mussten, die wir zum Teil heute noch vor uns herschieben. Auch dies: Keine einfache Situation. Denn das bedeutet eben auch, dass zusätzliche Sparpotentiale heute begrenzt sind.

2. Personalkosten

Die Personalausgaben steigen gegenüber dem Vorjahr im Jahr 2021 um ca. 98.000,- € (bzw. rund 2,13%) auf 4.703.000,- €. Der Anstieg der Personalausgaben ist im Wesentlichen durch die aktuellen Tariferhöhungen von durchschnittlich 1,4 % und der notwendigen Arbeitszeitanpassung für die Reinigungskräfte für die Umsetzung der zusätzlichen und umfangreicheren Hygieneabläufe hinsichtlich der Hygienemaßnahmen durch die Corona-Pandemie sowie durch die Schaffung von fünf zusätzlichen Stellen begründet. In der Kernverwaltung werden für zwei und im Bauhof für einen ausscheidenden Mitarbeiter, um einen Übergang zu ermöglichen, vorübergehend bis zum Jahresende zwei zusätzliche Stellen ausgewiesen, um die Nachfolger einarbeiten zu können. Diese Stellen fallen dann wieder weg. Darüber hinaus kommt es in der Kernverwaltung und beim Bauhof durch Umstrukturierungsmaßnahmen und perspektivische Nachbesetzungen vorübergehend, befristet auf zwei Jahre, zu einem Stellenmehrbedarf von jeweils einer Stelle. Alle Stellenmehrungen sind in der Stellenaufführung für dieses Jahr enthalten.

3. Realsteuern

Trotz der Corona-bedingten Steuerausfälle werden die Hebesätze der Realsteuern im Jahr 2021 nicht erhöht werden, auch wenn Erhöhungen dem tendenziell schwachen Haushalt 2021 stärken und die Steuerausfälle kompensieren würden. Erhöhung der Hebesätze ist seitens der Verwaltung auch für das kommende Haushaltsjahr nicht vorgesehen. Das geplante Gewerbesteueraufkommen 2021 liegt mit 2,80 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres. Die Prognose ist zurückhaltend, da aus Sicht der Verwaltung sich die Auswirkungen der Corona-Pandemie erst in diesem Jahr auswirken werden. Das Jahr 2020 ist deutlich besser verlaufen als erwartet, so dass die Gewerbesteuereinnahmen außerplanmäßig bei 4,3 Mio. € lagen. Wir hoffen für 2022 auf eine langsame wirtschaftliche Erholung.

4. Finanzausgleich

Der Finanzausgleich 2021 wird auf der Grundlage der Steuereinnahmen des Jahres 2019 berechnet. Der Mechanismus des Finanzausgleichs wirkt sich auf die Stadt Alpirsbach in 2021 dahingehend aus, die die Steuerkraftsumme gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert auf dem hohen Niveau verharret. Die Schlüsselzuweisungen aus mangender Steuerkraft bewegen sich auf ca. 55.000,- € unter dem vor einem Jahr prognostizierten Wert. Die Finanzausgleichsumlage liegt auf dem vor einem Jahr in der Finanzplanung prognostizierten Wert von rund 2,0 Mio. €. Neben Corona-bedingten Steuerausfällen sind die geringeren Zuweisungen und höheren Umlagezahlungen einerseits auf das gute Gewerbesteueraufkommen von rund 3,5 Mio. € in 2019 zurückzuführen. Damit hinterlässt auch der kommunale Finanzausgleich einschließlich Steuereinnahmen in diesem und auch mindestens der Folgejahre bis 2023 Jahr ein bisher nicht geplantes Haushaltsloch.

5. Kreisumlage

Durch die Erhöhung des Kreisumlage-Hebesatzes von 31,5 v.H. auf 33,2 v. H. zum einen und der gleichbleibend hohen Steuerkraftsumme zum anderen erhöht sich die Kreisabgabe der Stadt um ca. 150.000 € gegenüber dem Vorjahr.

6. Bauinvestitionen

Wir haben unser ambitioniertes Investitionsprogramm nochmal kritisch hinterfragt, wo ist der tatsächliche Mehrwert für unsere Stadt und für die Bürgerinnen und Bürger. Im Ergebnis führen wir nur das fort, was notwendig oder schon begonnen ist. Insgesamt sind im Haushaltsplan 2021 für Baumaßnahmen 5,5 Mio. € eingestellt. Wir versuchen, Strukturen zu erhalten und Entwicklungen nicht abzuwürgen und planen weiter, damit wir nach der Pandemie wieder starten können.

Die wichtigsten Investitionsschwerpunkte liegen in den Bereichen:

- Neubau des Feuerwehrhaus Abt. Alpirsbach
- Ersatzbeschaffung von zwei Feuerwehrfahrzeugen
- Digitalisierung der Schulen
- Austausch Kunstrasenfeld des Sportplatzes Alpirsbach
- Altstadtsanierung der Schillerstraße/Schulhausberg
- Altstadtsanierung Entwicklung Hetal-Gelände
- Sanierung der Ortsdurchfahrt L 415 Peterzell

7. Ertrags- und Finanzkraft des Ergebnishaushaltes

Die gesamtwirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Steuerausfälle wirken sich maßgeblich auf den Ergebnishaushalt 2021 aus. So stehen durch den Rückgang der Bruttolöhne und -gehälter im kommenden Jahr im Vergleich zur bisherigen Finanzplanung knapp 400.000,- € weniger Einkommensteueranteile zur Verfügung. In der Gesamtbetrachtung verschlechtert sich der Ergebnishaushalt im Vergleich zur bisherigen Planung durch Einkommensteuerausfälle, gestiegene Belastungen in kommunalen FAG-Umlagen und höhere laufende Aufwendungen um rd. 970.000,- €. Letztlich verbleibt im Gesamtergebnishaushalt 2021 ein planerischer Fehlbetrag von rd. 1,76 Mio. €. Die Stadt lebt damit von

ihrer Substanz. Auf Dauer kann dies nicht funktionieren. Mit dieser negativen Investitionsrate erwirtschaftet der Haushalt 2021 keine Finanzierungsmittel für die geplanten Investitionen im kommenden Jahr. Durch die fehlenden Finanzierungsmittel muss das Investitionsprogramm im Wesentlichen mit liquiden Mitteln der Vorjahre, staatlichen Zuschüssen und Krediten finanziert werden. Insgesamt erinnert der Haushalt 2021 mit großen Bauchschmerzen sehr stark an die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise.

FAZIT

Zur Beurteilung der allgemeinen Lage und deren Bewertung für das Haushaltsjahr 2021 kann zusammenfassend gesagt werden: Die aktuelle Corona-Pandemie führt zu einer deutlichen Belastung der kommenden Haushaltsjahre. Im Vergleich zur bisherigen Planung fehlen dem Haushaltsjahr 2021 knapp 1,8 Mio. €. Die Abschreibungen i. H. v. 940.000 € können nicht erwirtschaftet werden. Damit ist der Ergebnishaushalt ertrags- und finanzschwach. Mit dem verbesserten Jahresabschluss des Jahre 2020 ist der Haushaltsausgleich trotzdem den kommenden Jahren nach unseren aktuellen Erkenntnissen nicht erreichbar. Durch die geringe Liquidität der Vorjahre müssen die Investitionen über eine Kreditaufnahme von 1,06 Mio. € finanziert werden.

Wie in jedem Jahr bestehen auch 2021 erhebliche Risiken für die Haushaltsentwicklung. Große Unbekannte sind derzeit:

- Entwicklung der Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen
- Kostensteigerungen insbesondere im Hochbau
- Naturgemäß bestehen Risiken bezüglich der Höhe der Gewerbesteuer, die nicht nur vom Konjunkturverlauf, sondern auch von den Verhältnissen in den einzelnen Unternehmen weiter gearbeitet werden trotz der derzeitigen Beschränkungen.

UNSER BLICK NACH VORNE

Zukünftig die Abschreibungen zu erwirtschaften, Haushaltsausgleich in den kommenden Jahren zu schaffen und den Unterhaltungsrückstau abzubauen, wird keine einfache Aufgabe. Diese Altlast resultiert primär aus dem Erbe vermeintlich besserer Zeiten. Seit meinem Amtsantritt arbeiten wir an dessen Behebung mit vereinten Kräften, aber eben auch im Rahmen unserer Möglichkeiten, das heißt, der verfügbaren Mittel. Wir haben hier auch schon einiges bewegt. Die Abschreibungen werden durch unsere angestrebten Investitionen in den nächsten Jahren weiter steigen. Unsere Einnahmenseite kann bei allen Bemühungen schlicht und ergreifend nicht diese Einnahmen generieren, um diesen Anstieg zu kompensieren bzw. die Aufwendungen mittelfristig zu erwirtschaften. Daher müssen wir eine Strategie finden, wie wir diesen Unterhaltungsrückstau und die daraus resultierende Erhöhung der Abschreibungen, die sich natürlich nicht nur im Hoch-, sondern auch im Tiefbau bemerkbar machen, mittelfristig wirksam abbauen zu können. Damit uns dies erfolgreich gelingen kann, müssen wir jedoch den gesamten Ergebnishaushalt und die gesamte Leistungserbringung kritisch hinterfragen – es braucht unweigerlich den Blick über den Tellerrand. Nur wenn wir das „Ortsteildenken“ zurückstellen, wenn der Handel mit gegenseitigen Gefälligkeiten aufhört, können wir miteinander einen realisierbaren Plan für die Gesamtstadt entwickeln und voranbringen. Wir können und dürfen weder das, was zu tun ist, ignorieren, aber eben auch nicht die schwierige finanzielle Situation ausblenden, in der wir uns befinden. Vielmehr müssen wir gemeinsam eine verantwortungsvolle Strategie verfolgen, die zwar manchmal durchaus schmerzhaft sein wird, uns jedoch langfristig die erforderliche Stabilität bringt, die unsere Stadt braucht. Um aufzuzeigen, wie schwierig unser Unterfangen wird, hier ein Beispiel: Durch die pandemiebedingten Schulschließungen wurde deutlich, wie schlecht die Schulen im gesamten Land auf die Möglichkeit des digitalen Unterrichtens und Lernens letztlich noch immer vorbereitet sind. Zwar gibt es Fördermittel, mit welchen auch wir die Digitalisierung unserer Schulen vorantreiben – sie an das Glasfasernetz anbinden, strukturierte Netzwerke aufbauen, Notebooks und

Tablets anschaffen – dennoch fehlt es nur allzu oft an praxistauglichen Konzepten, datenschutzrechtlich zulässigen und belastbaren Anwendungen und nicht zuletzt auch an der fundierten Ausbildung der Lehrkräfte. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich das große Engagement von vielen Lehrerinnen und Lehrern loben, die die fehlende Bildungsplattform in Baden-Württemberg mit eigenen handgestrickten Lösungen zum Home-Schooling abfedern konnten. Wir sind da zwar viele Schritte weitergekommen, aber eine runde Sache ist es insgesamt noch nicht. Die gewährten Fördermittel stellen nur eine Anschubfinanzierung für die Schulträger dar. Die jetzt neu geschaffene digitale Infrastruktur sowie der dadurch gestiegene Verwaltungs- und Pflegeaufwand und die daraus resultierenden neuen Abschreibungen und der zusätzliche Personalaufwand müssen zukünftig außerplanmäßig von den Schulträgern erwirtschaftet werden. Wir werden also schlicht nicht darum herumkommen, in den nächsten Jahren größere Summen bereitzustellen, um weiterhin eine gute Qualität unserer Schulen gewährleisten zu können, obwohl wir eigentlich Ausgaben reduzieren, Leistungen kürzen und damit den Haushalt konsolidieren sollten. Das müssen uns unsere Kinder und ihre Zukunft wert sein. Dieses Beispiel zeigt, dass wir bei der Festlegung der Leistungserbringung für die zukünftigen Haushalte noch mehr als bisher priorisieren müssen. Wir müssen uns immer wieder die Frage stellen, wo können wir Verzicht üben, welche Leistungen und Standards schränken wir ein, um Neues zu beginnen? Dabei soll sich das Denken und Handeln in der Gemeinde nach dem Prinzip der „Nachhaltigkeit“ richten. Das ist der erste Schritt zur Haushaltskonsolidierung. Das klassische Haushaltskonsolidierungskonzept besteht in der Regel aus einer Senkung der Ausgaben (politischer Sparkurs) und dem Versuch, die Einnahmen zu erhöhen, um das strukturelle Defizit zu beseitigen. Angestrebt wird eine Wiedererlangung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommune. Unsere kurzfristige Strategie ist: Zunächst nicht die kompletten Ausgabenansätze zur Bewirtschaftung freizugeben. So bleibt eine gewisse Reserve. Das kann zwar nicht überall erfolgen, aber in vielen Bereichen schon. Einsparungen suchen bzw. generieren, Mehreinnahmen schaffen durch Anpassung der Steuern, Gebühren, Mieten und Pachten, weiterer Verzicht auf Maßnahmen. Wir wollen aber keine Strukturen zerstören, sondern erhalten. Beginnen werde wir mit einer Haushaltsklausur für den Haushalt 2022, bei der die Verwaltung dem Gemeinderat kurzfristige Konsolidierungsvorschläge unterbreitet. Mittelfristig wird die Verwaltung mit dem Gemeinderat, den Bürgern und ggf. auch externen Beratern, eine Konsolidierungsstrategie erarbeiten. Dabei muss meiner Meinung nach die Bestandssicherheit der kommunalen Leistungsfähigkeit mit Blick auf den demographischen Wandel beachtet werden. Der Haushalt sollte demographiefest ausgestaltet werden. Der Haushalt sollte im Sinne der Generationengerechtigkeit Spielräume für politische Gestaltung schaffen. Die Sanierung des Haushaltes sollte langfristig auf wichtige Inhalte, Produkte, Leistungen und auf strategischer Zielplanung sowie Produktkritik aufgebaut werden. Dabei darf nicht im "Klein-klein" verharret werden. Die zukünftige Haushaltsplanung sollte sich durch Transparenz und Effizienz auszeichnen. Haushaltskonsolidierung ist kein Selbstzweck. Durch die Konsolidierung schaffen wir uns wieder Handlungsspielräume, um das Gemeinwesen auch für die kommenden Generationen nachhaltig zu gestalten. Sie baut dadurch Vertrauen auf, ohne dass Gesellschaften nicht zukunftsfähig sind. Haushaltskonsolidierung kann gelingen, wenn Ausgabenkürzung und Einnahmeverstetigung gleichzeitig stattfinden, und wenn mittelfristig institutionelle Reformen bei der Haushaltsaufstellung vorgenommen werden. Die nachfolgenden Generationen werden es uns danken. Um gemeinsam eine erfolgreiche strategische Haushaltskonsolidierung durchführen zu können, bringt es uns allerdings keinen Schritt weiter bei der Suche nach einer realisierbaren Antwort darauf, immer nur auf die anderen zu zeigen, die eigenen Forderungen und Erwartungen aber unbedingt durchsetzen und realisieren zu möchten. Haushaltskonsolidierung und verantwortungsvolle Kommunalpolitik ist kein

Wunschkonzert und wir müssen gemeinsam Lösungen und Strategien finden, wie wir Alpirsbach als Gesamtstadt auf einen guten Weg und in eine stabile Zukunft führen. Und hier sind auch Sie, meine Damen und Herren Stadträte, gefragt, Ihre Ideen und Visionen einzubringen.

GESTALTUNGSKRAFT IN DER KRISE

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eine schwierige Zeit, die Zeit mit dem Virus. Er hält uns mit seinen gesundheitlichen, wirtschaftlichen und insbesondere auch finanziellen Konsequenzen fest in seinem Bann. Nicht nur die Medizin sieht in Krisen auch das reinigende Moment, mit dem die notwendigen Kräfte für eine Genesung des Patienten mobilisiert werden. Auch die Wirtschaft und die Politik sehen Krisen nicht ausschließlich als negative Ereignisse. Häufig wurden in unserer Geschichte in der Krise die Weichen für eine positive Entwicklung gestellt: für ein friedliches Miteinander, für wirtschaftliches Wachstum und für Wohlstand. Warum nicht in Zukunft auch für verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt und der Gesundheit, auch der Klimaneutralität. Wir sollten die Krise nicht nur beklagen, sondern insbesondere auch als Chance sehen und diese als solche annehmen. Im Verlauf der Pandemie wurden bereits in vielen Bereichen wichtige Innovationen realisiert. Nicht nur, um die Pandemie in den Griff zu bekommen, sondern auch um Dinge voranzubringen. So auch in den öffentlichen Verwaltungen. So auch bei uns. Es wurden Neuerungen umgesetzt, über die schon seit Jahren gesprochen wird. Innovationen im Bereich der Art des Arbeitens, der Zusammenarbeit innerhalb der Stadt, mit anderen Städten und Gemeinden, der Anwendung neuer Techniken im Zeitalter der Digitalisierung, der Nutzung neuer Medien und nicht zuletzt mit dem Selbstverständnis im Umgang miteinander, insbesondere den Menschen in unserer Stadt, für die wir arbeiten. Auch wenn jetzt vieles unmöglich erscheint, so bin ich grundsätzlich guter Dinge. Wir haben in den vergangenen Jahren durchaus miteinander viele richtige Entscheidungen getroffen und Investitionen getätigt und damit eine hervorragende Voraussetzung für unsere Stadt und ihre Zukunft geschaffen. Es gibt keinen Grund, alles immer geradezu gebetsmühlenartig schlechtzureden und zu klagen, denn damit bugsieren wir uns nur völlig unnötig in eine Opferrolle. Das mag durchaus bequem sein, bringt uns allerdings nicht weiter voran; ganz im Gegenteil. Wer ernsthaft Kommunalpolitik betreibt, der läuft auch nicht mit jedem Anliegen zum Zeitungsredakteur, sondern setzt sich selbst mit Problemen auseinander und denkt über Lösungen nach. Was ich mir wünschen würde: Noch etwas mehr Selbstverantwortung. Nicht immer zuerst nach „dem Staat“ oder „der Stadt“ rufen, sondern selbst anpacken, solidarisch sein, sich selbst zurücknehmen, rücksichtsvoll sein, mehr „wir“ und weniger „ich“ oder „die anderen“. Der Erfolg politischer Arbeit misst sich nämlich an der aktiven Mitgestaltung, die weitaus mehr als nur stetiges Anklagen, das Äußern von Wünschen und das permanente Schlechtreden unserer Stadt ist. Alpirsbach ist eine wunderschöne Stadt mit unglaublichem Charme und noch viel mehr Potential. Das dürfen wir uns nicht schlechtreden oder miesmachen lassen. Wir können stolz auf Alpirsbach sein und dankbar, dass es unsere Heimat ist, dankbar dafür, dass wir hier in diesem schönen Ort unser Zuhause haben können. Und wer auch nur einen Funken Liebe zu dieser wunderbaren Heimat verspürt, der darf und soll es zeigen! Durch Worte und durch Taten!

DANK

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich all denjenigen Dank und Anerkennung auszusprechen, die in dieser schwierigen Corona-Zeit das Gemeinwesen, die Einschränkungen und die damit verbundenen Entbehrungen mitgetragen haben. Ausdrücklich bei allen Ämtern und Einrichtungen und damit bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Stadt für ihren täglichen und unermüdlichen Einsatz zum Wohle unseres Gemeinwesens. Ich möchte alle bitten, in ihrem Engagement nicht nachzulassen, auch wenn ich weiß, dass das Spannungsdreieck aus Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger, Entscheidungen politischer Gremien sowie Erwartungen des Arbeitgebers nicht immer einfach zu erfüllen sind.

Des Weiteren gilt mein Dank auch allen Alpirsbachern, die mit Fleiß und Schaffenskraft eine leistungs- und funktionsfähige Kommune überhaupt erst möglich machen, insbesondere den Gastronomen, denen in der Corona-Pandemie die Geschäftsgrundlage mehrmals entzogen wurde. Den Kunst- und Kulturtreibenden, die ohnehin oft am Rande des Existenzminimums leben. Den Einzelhändlern, die durch den Onlinehandel auch ohne Corona schon stark unter Druck standen. Abschließend bedanke ich mich besonders bei Herrn Wöhrle, unserem Kämmerer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtkämmerei, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die sehr gute und zuverlässige Arbeit.

In diesem Sinne möchte ich mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

Die Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, StR'in Dr. Mahabadi, trägt die Haushaltsrede 2021 ihrer Fraktion vor: - Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Pfaff, liebe Kolleginnen und Kollegen Gemeinderäte, liebe Mitglieder der Verwaltung, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir durchleben schwierige Zeiten! Mit diesem Satz begann auch meine Haushaltsrede des vergangenen Jahres. Leider hat sich bis heute und wird sich auch in absehbarer Zeit, Corona sei Dank, nicht viel an unserer Situation ändern. Aber, besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen. Lassen Sie mich John Farnham zitieren: we have the chance to turn the pages over – wir haben die Möglichkeit, etwas zu verändern. Mittlerweile allerdings schwierig im ganzen Corona-Desaster und der daraus resultierenden und vor allem nicht kalkulierbaren Folgen. Und da sind wir auch schon bei der aktuell unkalkulierbarsten Planungsgrundlage, der größten Unsicherheit: den Finanzen. Die Situation, die viele Existenzen bedroht, die zu Umsatz- und damit zu Gewinneinbrüchen führt, wird sich in teils drastischen Einbrüchen bei den städtischen Einnahmen widerspiegeln. Im Ergebnishaushalt sehen die Zahlen dieses Jahr wie folgt aus: Auf der Seite der Einnahmen stehen 13.583.850,- €, auf der Aufwendungs-seite 15.246.740,- €. Macht ein Minus von ca. 1,7 Mio. € aus. Diese verringerte Liquidität wird sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Bei der mittelfristigen Finanzplanung rechnet man für das kommende Jahr sogar mit einem Minus von ca. 2,2 Mio. €. Wie belastbar diese Zahlen tatsächlich sind, wird die Zukunft zeigen. Die endgültigen Auswirkungen der momentanen Situation auf die Wirtschaft lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt meiner Meinung nach noch gar nicht abschätzen. Umso wichtiger erscheint in diesem Zusammenhang eine konsequente und langfristige Konsolidierung des Haushaltes. Unsere Rücklagen sind bis 2022, spätestens 2023, aufgebraucht. Und auch: Die Einnahmen-Seite kann kaum beeinflusst werden. In einer solchen Ausnahmesituation können und dürfen weder kommunale Steuern noch Gebühren erhöht werden. Der Kollege Steinberger hat in der letzten Sitzung angeregt, eine globale Minderausgabe von 10% einzuführen. Diese 10% sind vielleicht etwas zu hoch gegriffen, jedoch ging uns es in erste Linie darum, eine Diskussion in diese Richtung anzuregen. Im Übrigen weist uns auch die Gemeindehaushaltsverordnung auf folgende Möglichkeit hin: Anstelle oder zusätzlich zur Rücklagenverwendung kann im Ergebnishaushalt auch eine pauschale Kürzung von Aufwendungen bis zu einem Betrag von 1% der Summe der ordentlichen Aufwendungen unter Angabe der zu kürzenden Teilhaushalte veranschlagt werden. In meinen Augen ein durchaus denkbarer Ansatz. Eigentlich sollten unsere heutigen Entscheidungen klare Schwerpunkte für die nächsten Jahre definieren. Sinnvolle und zielgerichtete Investitionen sind dabei genauso wichtig wie ein kontinuierlicher Blick auf die Entwicklung der Finanzen, auch und im besonderen Maß in Hinblick auf unsere Kinder und Kindeskinde. Leider gelingt es uns nach wie vor nicht, wesentliche Schwerpunkte zu definieren. Sei es aus Gewohnheit oder weil es scheinbar schwer ist, Entscheidungen zu treffen. Um uns jedoch in finanzieller Hinsicht irgendwie auf

einen grünen Zweig zu bekommen, ist es heute und zukünftig mehr denn je notwendig, Entscheidungen zu treffen und zu diesen Entscheidungen zu stehen. Ein Aussitzen wird uns weder in Punkto Finanzen noch Bezug auf unsere Attraktivität für unsere Bürger bzw. potentielle Neubürger oder Ansiedlung neuer Industrie voranbringen. Höhe I muss endlich in trockene Tücher gebracht werden. Wir müssen uns Gedanken machen, wie die Sanierung der Kläranlage zu finanzieren und umzulegen ist. Einzig eine Erhöhung der ohnehin schon überdurchschnittlich hohen Wasser- und Abwassergebühren kann nicht die einzig denkbare Lösung sein. Wir müssen unsere Schulen und Kindergärten zukunftsfähig und zukunftssicher machen. Und lassen Sie uns bitte endlich das Thema Feuerwehrgerätehaus abhaken. Dieses Thema hat mein persönliches Demokratieverständnis in den letzten Wochen auf eine harte Probe gestellt. Mehr möchte ich heute zu diesem Thema auch ungerne sagen. Wo stehen wir momentan in Bezug auf Tourismus und Stadtmarketing? Ein großer Schritt Richtung Zukunftsfähigkeit ist mit dem Relaunch der städtischen Homepage gelungen. Nun gilt es weitere Ideen und Anregungen konsequent umzusetzen und unser Städtle noch attraktiver zu machen. Es muss eine engere Kommunikation mit den Gewerbetreibenden stattfinden. Kommunikation ist das A und O in jeder Lebenslage. Nur so kann man Missverständnisse vermeiden und an einem Strang ziehen. Und wenn ich jetzt auch noch anmahne, dass es notwendig sein wird, sich mit den freiwilligen Leistungen auseinanderzusetzen, stelle ich mich mit Erschrecken fest, dass nahezu alle Themen, die ich jetzt angesprochen habe, in den letzten beiden Jahren auch in meinen Haushaltsreden erwähnt wurden. Womit wir wieder am Ausgangspunkt angekommen sind. Es müssen endlich Entscheidungen getroffen werden! Abschließend möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei unserem Kämmerer Herrn Wöhrle und seinem Team für die Erstellung des Haushaltes 2021 bedanken. Unser Dank geht weiterhin an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und an Sie, Herr Bürgermeister Pfaff, für die Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Der Fraktionsvorsitzende der SPD/GRÜNE, Frauenliste, StR Römpf, trägt die Haushaltsrede 2021 seiner Fraktion vor: - Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, die Zahlen im Haushalt sind aus Sicht unserer Fraktionsgemeinschaft nicht zu beanstanden. Die Investitionen zum Ausbau der Schillerstraße, für den Ausbau des Gewerbegebietes in Peterzell und zum Bau eines Feuerwehrhauses sind sinnvoll und wichtig. Auch die Sanierung und mögliche Neugestaltung der Kläranlage wird hinzukommen. Wir unterstützen alle diese Projekte. Zum Stellenplan: Für nicht ausreichend halten wir den Anteil der Stellen zur Betreuung der digitalen Technik. Denn zu den in der Planung und Durchführung befindlichen Digitalisierungsprojekten der Verwaltung kommen die digital aufgerüsteten Schulen hinzu. Die Betreuung und Wartung der Verwaltungs- und Schulnetze sowie des umfangreichen und teuren Gerätepools muss durch Fachpersonal geschehen und kann im Schulbereich nicht nebenbei durch Lehrkräfte erfolgen. Aber nicht nur auf der Erfüllung der Pflichtaufgaben darf unser Augenmerk liegen, denn auch in Zeiten klammer Kassen ist es notwendig, durch Investitionen die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu sichern. So muss die Neugestaltung des Kurgartens zu einem Ort, wo sich alle Generationen unserer Stadt treffen und wohlfühlen sollen, mit aller Kraft vorangetrieben werden. Die Weiterführung und Sanierung des Freibades, der Erhalt der Stadtbücherei und die Unterstützung der kulturellen Angebote sind weitere wichtige Punkte, die dazu beitragen, dass die Bürgerinnen und Bürger eine lebenswerte Gemeinde vorfinden. Die neugestaltete Homepage der Stadt, der geplante Wanderweg und weitere Aktivitäten im Zuge der Stadtentwicklung und des Stadtmarketings dürfen hier als Signale einer Aufbruchstimmung gesehen werden. Unser Dank geht an die Verwaltung, die Fraktionen für die Zusammenarbeit auch bei manchmal gegensätzlichen Standpunkten. Wir freuen uns auf die zukünftigen Aufgaben. Die

Fraktionsgemeinschaft SPD-Grüne-Frauenliste stimmt dem Haushaltsplan 2021 und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu.
Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Fraktionsvorsitzende der UBL, StR Walter, trägt die Haushaltsrede 2021 seiner Fraktion vor: - Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Pfaff, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer, wir verabschieden den zweiten Haushalt nach Umstellung auf das neue Haushaltsrecht. Anders wie letztes Jahr haben wir uns mit der neuen Struktur des Haushaltsplanes schwergetan, weil uns gegenüber früher die Transparenz aufgrund fehlender Vergleichszahlen fehlt. Auch dieses Jahr müssen wir wieder mit einem erheblichen Fehlbetrag planen, was uns zwangsläufig den Spielraum für die freiwilligen Leistungen nimmt. Trotz all dieser Probleme haben wir uns, wenn auch nicht einstimmig, dazu entschlossen, Gelder für die uns wichtigen freiwilligen Projekte zur Verfügung zu stellen. Wir haben uns zum Gemeinderat aufstellen lassen mit den Zielen, das Bildungs- und Betreuungsangebot für Familien attraktiv zu halten, sowie die Infrastruktur der Gesamtstadt auszubauen, damit sich alle Generationen in Alpirsbach wohl fühlen. Nun sehen wir in den Zahlen dieses Haushaltes, dass es sehr viel Optimismus braucht, um an den definierten Zielen festzuhalten. Durch die Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Betreuungsangebote sind neben den Sachkosten und Investitionen auch weitere laufende Personalkosten entstanden. Weitere Vorgaben in diesem Bereich werden kommen. Um all diese Kosten tragen zu können, sind wir natürlich auch auf staatliche Zuschüsse angewiesen und hoffen, dass wir in Zukunft von dieser Seite mehr Unterstützung erfahren. Betreuung und Bildung für unsere Kinder sind notwendig, damit unsere Stadt vor allem für junge Familien attraktiv bleibt. Insbesondere für die Gewinnung von Arbeitnehmern für unsere Handels-, Gewerbe- und Industrieunternehmen ist es wichtig, ein attraktives Wohnumfeld zu bieten. Deshalb kann und darf es nicht sein, dass wir alle freiwilligen Leistungen, die unsere Stadt lebenswert machen, aufgeben müssen, nur um einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen. Mit dem Erwerb und der Erschließung des Industriegebietes Höhe 1 sind wir bestrebt, die Einnahmeseite zu verbessern, indem sich weitere Industrie- und Gewerbebetriebe ansiedeln können. Leider ging dieser Prozess nur sehr schleppend voran. Wir wissen nicht, warum wir da ausgebremst werden. Wenn sich aber die Genehmigung zur Bürgerschaftsübernahme von unserer Aufsichtsbehörde über ein Jahr hinzieht, so ist das für einen normal denkenden Bürger nicht nachvollziehbar. Das gleiche Verhalten ist bei den Untersuchungen vom Hetal-Gelände zu beobachten. Es wäre schön, wenn wir für dieses Verhalten eine plausible Erklärung bekommen würden. Auch die Kommunen stehen in einem Wettbewerb zueinander. Diese Verzögerungen seitens der öffentlichen Behörden bringen uns diesbezüglich gewaltig ins Hintertreffen. Gerne dürfen sich die angesprochenen Behörden direkt mit uns in Verbindung setzen! Umso mehr freuen wir uns über Bürger, die ehrenamtlich für Nachbarn oder die Gemeinde tätig sind. Menschen, die die Not der Bürger sehen und oftmals unter Einsatz ihrer eigenen Gesundheit anderen helfen. Da zählen wir nicht nur die vielen freiwilligen organisierten Rettungskräfte dazu. Nein, auch viele Menschen, die spontan bei einer Notlage helfen oder sich ehrenamtlich für das Wohl unserer Stadt einsetzen. Bei all denen bedanken wir uns herzlich.
Für die geleistete Arbeit und für die gute aber manchmal nicht einfache Zusammenarbeit bedanken wir uns bei Ihnen, Herr Pfaff, und Ihren Mitarbeitern herzlich.

Der Fraktionsvorsitzende der ZfA, StR Hermann, trägt die Rede seiner Fraktion vor: - Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Pfaff, sehr geehrte Frau Schönberger, sehr geehrter Herr Hettich, sehr geehrter Herr Wöhrle, sehr geehrte Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir arbeiten uns langsam vorwärts. Letztes Jahr wurde der Haushalt am 26. Mai beschlossen, dieses Jahr schon am 30. März. Gut so!! Es ist schon eine Mammutaufgabe dieses Zahlenwerk auf 396 Seiten durchzuarbeiten. Nach dieser Arbeit kann man das „Gut so“ leider nicht wiederholen. Auch in diesem Jahr kann der Haushalt nicht ausgeglichen werden. Uns fehlen ca. 1.7 Mio €, um den Haushalt ausgleichen zu können!! Eine Zahl, die man wiederholen muss, um sie sich richtig bewusst zu machen! 1,7 Mio. €. In der freien Wirtschaft würden bei dieser Zahl die Alarmglocken klingeln und anschließend jede einzelne Ausgabe hinterfragt und auf den Prüfstand gestellt werden! Dieses Gespür und der unbedingte Wille zum „Sparen“ finden wir leider nicht bei Ihnen, Herr Pfaff, und auch bei uns nicht. Der von Clemens Steinberger in der letzten GR Sitzung eingebrachte Antrag auf eine 10 % Kürzung aller Ausgaben war sicher zu hoch angesetzt, aber die Verwaltung hätte auch einen Kompromiss mit z.B. 3 % Ausgabenkürzung vorschlagen können. Eine Gefahr für unsere Stadt stellt die geplante massiv steigende Verschuldung dar. Für 2021 ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 1,789 Mio. €, für 2022 eine Kreditaufnahme von ca. 5,07 Mio. €, für das Jahr 2023 sind Kredite in Höhe von ca. 0,58 Mio. € und für das Jahr 2024 sind Kredite in Höhe von ca. 0,46 Mio. € eingeplant. Bei diesen steigenden Schulden sind jährlich weit höhere Tilgungsrückzahlungen als bisher notwendig. Diese höheren Tilgungsraten fehlen uns wieder, um die notwendigen Aufgaben unserer Stadt erfüllen zu können. Da auch die Personalausgaben stetig steigen, stellen wir hier den Antrag, dass zumindest ein ½ jähriger Einstellungstop für alle städtischen Mitarbeiter eingeführt werden sollte.

Herr Pfaff, Sie weisen ständig auf die Pflichtaufgaben der Stadt hin. Dabei stellen sie die freiwilligen Leistungen immer in Frage. Wir wissen sehr wohl, dass es diese Pflichtaufgaben gibt und sind uns auch bewusst, dass wir diese zu erfüllen haben. Für uns ist aber auch wichtig, dass unsere Stadt lebenswert und liebenswert bleibt und wir die freiwilligen Leistungen nicht einfach streichen können. Was bleibt dann für unsere Bürger, von denen sich noch immer – dies möchte ich extra betonen - viele für freiwillige Aufgaben ehrenamtlich engagieren. Deren Wünsche und Ziele sollten wir respektieren und bei unseren Entscheidungen auch beachten. Auch Herr Hügle weist in seinen Marketing- und Tourismusprojekten darauf hin, dass die geplanten Maßnahmen und Projekte sich auch an Wirkungszielen für unsere Mitbürger orientieren sollen. Wir dürfen dies nicht vergessen! Wenn dazu z.B. ein Freibad gehört, sollten wir uns überlegen, wie wir den Erhalt dieses Bades langfristig sichern können. Das geschieht aber sicher nicht dadurch, dass wir erst im März des laufenden Jahres einen Betreiber für das Bad suchen! Wir würden uns sehr freuen, wenn die jetzt angelaufenen Bemühungen, zu einem Erfolg führen, was ja vorhin beschlossen wurde.

Ein weiteres sehr aktuelles Thema ist der geplante Neubau des Feuerwehrgerätehauses auf dem Bahnhofsgelände. Der Gemeinderat hat dies ja mit knapper Mehrheit am 19.01 diesen Jahres beschlossen. Große Teile der Bevölkerung halten unserer Meinung nach diesen Standort aber für falsch. Diese Bürger erwägen ein Bürgerbegehren gegen den Standort am Bahnhof. Sollte dieses Bürgerbegehren gestartet werden, sind wir davon überzeugt, dass genügend Stimmen zusammenkommen, um eine Abstimmung über diesen Standort zu erreichen. Sollte in der Abstimmung dann der Standort Bahnhof abgelehnt werden, stehen die Stadtverwaltung und wir als Gemeinderat wieder vor neuen Problemen. Der Zuschuss müsste zurückgegeben werden. Welchen Eindruck dies dann bei den zuständigen Mitarbeitern beim LRA, beim Ausgleichsstock und bei der Feuerwehr hinterlässt, überlassen wir Ihrer Phantasie! Schade, dass Sie hier nicht als Mediator zwischen der „Bürgerbewegung“ und den Fraktionen aufgetreten sind. Sie sind der Bürgermeister in Alpirsbach und dieses Bürgerbegehren wird natürlich in der Presse groß herausgebracht werden – mit welchen Folgen auch immer!

Im September 2019 wurde im Gemeinderat der Beschluss gefasst, das Hetal-Gelände zu kaufen. Durch ein notwendiges Gutachten über die Altlasten im Untergrund wurde dieser Beschluss bis heute nicht umgesetzt. Dieses Gutachten liegt nun nach 15 Monaten dem Grundstückseigentümer, der Fa. Würth, vor. Welche Untergrundbelastungen genau vorhanden sind, ist dem Gemeinderat immer noch nicht bekannt. Die Mittel zum Kauf dieses Geländes sind im Haushaltsplan für dieses Jahr enthalten. Wir sind der Auffassung, dass dieses Gelände dringend erworben werden sollte. Es gäbe dann die Möglichkeit, endlich einen öffentlichen Parkplatz für Kloster- und Brauereibesucher anzubieten, um die Autos aus der Kernstadt herauszuhalten. Eventuell könnte auch das alte Hetal-Bürogebäude als Rathaus verwendet werden. Denn da sind wir uns alle einig. Unserem jetzigen Rathaus sieht man die finanzielle Not der Stadt sehr deutlich an!

Kommen wir zum Thema Schulen. Die Container bei der Sulzbergschule stehen bald 5 Jahre. Sie, Herr Pfaff, wollen die Container nach Ablauf der 5-jährigen Mietdauer im September kaufen. Das bedeutet, dass wieder keine Perspektive und kein Plan für die Zukunft unserer Schulen erarbeitet wird. Auch insoweit sollte dringend etwas geschehen. Über das Medienkonzept an den Schulen wird ebenfalls nur geredet und nicht gehandelt. Wir benötigen die PCs jetzt und nicht erst, wenn die Pandemie abgeklungen und kein „Homeschooling“ mehr notwendig ist. Auch hören wir immer wieder von Familien im Stadtgebiet, dass die Breitbandversorgung für gemeinsames „Homeschooling“ und Homeoffice nicht ausreicht!

Unser nächstes sehr, sehr großes Problem wird die Windkraft in Alpirsbach werden. Nachdem nun der Teilflächennutzungsplan vom Verwaltungsgerichtshof in Mannheim für nichtig erklärt wurde, stellt sich hier die Frage, wie es mit der Windkraft in Alpirsbach weitergeht. Ein Thema, das für viele unserer Bürger sehr, sehr wichtig ist!

Dies ist nur ein Auszug von vielen anstehenden Problemen in unserer Stadt. Wer die regionale Tageszeitung aufmerksam liest, stellt fest, dass in umliegenden Gemeinden mit Zuschüssen von Bund und Land viel erneuert und gebaut wird. Schulgebäude werden saniert, die Breitbandverkabelung wird ausgebaut, Nahwärmenetze werden erstellt, etc. Große Projekte für die Bürger aber auch für unsere Umwelt und unser Klima werden umgesetzt. Und in Alpirsbach? Wir stellen deshalb den Antrag, dass die Stadtverwaltung prüft, auf welchen städtischen Gebäuden eine Photovoltaikanlage für den Eigenverbrauch von Strom installiert werden kann. Es gibt Organisationen, die solche Anlagen kostenfrei installieren. Aktuell gibt es auch sehr hohe Zuschüsse für den Austausch von Ölheizungen. Die Verwaltung sollte deshalb dringend prüfen, welche städtischen Gebäude noch eine Ölheizung haben und bei welchen Gebäuden ein Austausch der alten Heizung sinnvoll ist.

Der mitzubeschließende Wirtschaftsplan der Abwasserversorgung setzt uns sehr in Erstaunen. Grundlage der dort aufgeführten Einnahmen in 2021 ist die Höhe der Abwassergebühren. Sie planen in 2021 ca. 497 000,- € Mehreinnahmen gegenüber 2020. Bei einer Jahres-Abwassermenge von ca. 360 000 cbm ergibt dies rein rechnerisch eine Erhöhung von 1,38 € pro cbm. Da laut Aussage von Herrn Wöhrle die Gebühren nicht rückwirkend zum 01.01.21 erhöht werden können, bedeutet dies, dass die Gebühren sogar noch höher steigen müssen, um die geplanten Einnahmen zu erreichen. Wir sind der Meinung, dass zuerst über die Gebührenhöhe entschieden werden sollte, bevor wir dem Wirtschaftsplan zustimmen.

Vor ca. 2 Wochen war ich beruflich im Neubaugebiet von Dornstetten. Ich kann nur sagen – dort geht's ab! Nach der Erschließung des Baugebietes 2019 wurden dort bis heute alle 60 städtischen Bauplätze verkauft zum Preis von 190,- €/qm. Aktuell schießen dort die Neubauten wie Pilze aus dem Boden! Und in Alpirsbach? Auf unsere Anfrage letztes Jahr haben wir von Ihnen zur Antwort erhalten, dass die Stadt nur noch über 5 Bauplätze verfügt. Bis ein Baugebiet aber geplant, genehmigt und erschlossen ist, vergehen sicher 2 – 3 Jahre. Auch bei

diesem Thema besteht dringender Handlungsbedarf, damit unsere jungen Mitbürger einen Bauplatz finden und hier in Alpirsbach bleiben können!

Zum Schluss möchte ich im Namen meiner Fraktion trotz aller Kritik der gesamten Verwaltung für ihre Arbeit danken. Uns ist eine gute Weiterentwicklung der Stadt ein dringendes Anliegen. Positiv sehen wir, dass dieses Jahr die Planung für die Sanierung der Kläranlage erfolgt, die Schillerstraße und der Schulhausberg ausgebaut wird und auch der Premiumwanderweg erstellt werden soll. Unsere Bürger und unsere Stadt haben es verdient, dass alle ihre Kraft einsetzen, um Probleme und Projekte anzugehen! Damit niemand mehr sagen muss, dass alles bleibt, wie es ist und sich nichts zum Positiven ändert. Aufgaben haben wir genug. Packen wir sie an und führen sie auch zu einem guten Abschluss.

BM Pfaff weist darauf hin, dass entsprechend der Haushaltsreden ein Antrag der Fraktion UBL und zwei Anträge der Fraktion ZfA gestellt wurden. Diese werden in einer der nächsten Sitzungen behandelt, da sie für den Beschluss der Haushalte 2021 nicht relevant sind.

Herr Wöhrle erläutert nochmals die Abstimmungspunkte 1-3.

Das Gremium beschließt mehrheitlich (13 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen):

- 1. Die Haushaltssatzung 2021 mit Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt inkl. Stellenplan und Finanzplanung 2020 bis 2024,**

Das Gremium beschließt mehrheitlich (16 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung):

- 2. den Wirtschaftsplan 2021 der Wasserversorgung Alpirsbach mit Erfolgs- und Vermögensplan inkl. Stellenplan und Finanzplanung 2020 bis 2024,**

Das Gremium beschließt mehrheitlich (12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen):

- 3. den Wirtschaftsplan 2021 der Abwasserbeseitigung Alpirsbach mit Erfolgs- und Vermögensplan inkl. Stellenplan und Finanzplanung 2020 bis 2024.**

- 4. IT-Beschaffung für die Schulen im Rahmen der Soforthilfemaßnahme von Bund und Land - Vorlage Nr. 31/2021 -**

BM Pfaff erläutert den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage.

StR Hermann geht es nicht nur um das Finanzielle sondern auch um die Lieferzeit und erkundigt sich, ob diese auch angefragt wurde. Herr Bader äußert sich, dass die Firmen noch keine konkreten Aussagen machen können. BM Pfaff gibt auch zu verstehen, dass die Versorgungs- und Lieferschwierigkeiten alle Kommunen derzeit treffe.

Das Gremium fasst einstimmig folgende

Beschlüsse:

- 1. Der Gemeinderat beschließt die Beschaffung der Notebooks für die Grundschule Alpirsbach bei der Firma Köbele GmbH & Co. KG mit den Mitteln des Soforthilfeprogrammes „Leihgeräte für Lehrer“ in Höhe von 6.815,80 €. (Maximal Betrag 7.364,- €)**
- 2. Der Gemeinderat beschließt, sobald die Werkrealschule/Realschule getagt hat, mit der Beschaffung von Endgeräten bei dem wirtschaftlichsten Angebot. Auch diese Endgeräte werden mit dem Soforthilfeprogramm „Leihgeräte für Lehrer“ beschafft. (Maximal Betrag 18.380,- €)**

3. Der Gemeinderat beschließt die Beschaffung der iPads für das Progymnasium beim wirtschaftlichsten Anbieter aus dem Sofortprogramm „Leihgeräte für Lehrer“ (Maximal Betrag 4.719,- €)
4. Der Gemeinderat beschließt die Beschaffung der oben aufgelisteten Hardwareprodukte für die Werkrealschule/Realschule und Progymnasium im Rahmen der Soforthilfemaßnahme „Zukunftsland BW – Stärker aus der Krise“ bei dem wirtschaftlich besten Anbieter. Auch diese Mittel werden 100 % gefördert. (Maximal Betrag 15.059,- €)
5. Der Gemeinderat beschließt Angebote für die Verkabelung der Grundschule und Außenstelle Peterzell einzuholen. Diese Verkabelung soll über das Förderprogramm „Zukunftsland BW – Stärker aus der Krise“ finanziert werden. (Maximalbetrag 6.500,- €)

5. Beschaffung von Schnelltests im Rahmen der kommunalen Teststrategie für Schulen und Kindergärten

- Vorlage Nr. 32/2021 -

BM Pfaff informiert, dass es aufgrund der Dringlichkeit der Beschaffung der Schnelltests am 24.03.2021 ein Eilentscheid erteilt wurde (siehe Bekanntgaben). Es sei schwierig, den Plänen der Bundes- u. Landesregierung nachzukommen. Bei der Schnelltestung gebe es vor allem Personalprobleme. In diesem Zusammenhang dankt er den Mitarbeitern des DRK, DLRG und StR'in Dr. Mahabadi sowie StR Dr Fischer, mit deren Hilfe das Testzentrum in Alpirsbach geschaffen werden konnte. Derzeit könnten leider nur Personen ab 14 Jahren getestet werden. Es bestehe aber ein dringender Handlungsbedarf, damit nach den Ferien alle Altersgruppen getestet werden können. Es werde derzeit auch mit den Alpirsbachern Schulleitern ein Konzept ausgearbeitet.

StR Glauner erkundigt sich, ob das Tübinger Modell auch in Alpirsbach angedacht werden könne. Die ZfA würde dies unterstützen. BM Pfaff äußert sich, dass das Tübinger Modell vom Land abgesegnet wurde. Eine Öffnung wie in Tübingen liege nicht bei der Entscheidungsbefugnis des Landrats bzw. des Landratsamtes, sondern bei der Landesregierung.

StR Hermann erkundigt sich, ob es jetzt auch Tests für Kindergartenkinder gebe. BM Pfaff informiert, dass eine Sorte der Tests auch für Kindergartenkinder möglich und machbar seien. Bisher hätte man aber noch nicht die rechtlichen Einverständnisse, um bei kleineren Kinder zu testen. Sobald die Einverständnisse da seien, würden die Tests bei den Einrichtungen ausgegeben werden. Die Einverständniserklärungen stünden auf der Homepage, mit dieser könnten die Tests abgeholt und zuhause durchgeführt werden.

StR Hermann erkundigt sich auch noch, ob eine gemeinsame Bestellung mit anderen Kommunen oder Kindergärten nicht günstiger sei. BM Pfaff erläutert, dass mit Bad Rippoldsau zusammen bestellt wurde, es gebe verschiedene Modelle der Beschaffung.

StR Hermann und StR Trein möchten wissen, wie es mit den Trägern der Alpirsbacher Kindergärten sei, ob bezüglich einer gemeinsamen Beschaffung Kontakt aufgenommen wurde. BM Pfaff informiert, dass der Träger einer Einrichtung für die Beschaffung von Tests selbst zuständig sei. Gerne könne man auf die Stadt Alpirsbach zukommen. Man könne aber keinem Träger vorschreiben, wie er das Konzept durchsetze. Er erwarte, dass die Schnelltests noch diese Woche eintreffen werden, so dass baldmöglichst mit der Testung begonnen werden könne.

Das Gremium fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Beauftragung der Verwaltung zur Beschaffung der Testkits für Schulen, Kindertagesstätten und Kindertagespflege beim wirtschaftlichsten Anbieter. Im Rahmen der Aufgabenerfüllung werden die außerplanmäßigen Ausgaben genehmigt und der Bürgermeister wird berechtigt, unabhängig der Bewirtschaftungsbefugnis der Hauptsatzung, die Bestellungen durchzuführen.

6. Bausachen

- Vorlage Nr. 33/2021 -

Gemarkung	Baugrundstück	Vorhaben
Alpirsbach	Flst.-Nr. 34 Krähenbadstraße 20	Erweiterung der Gaube
Alpirsbach	Flst.-Nr. 442 Spitalgasse 45	Neubau eines Einfamilienhauses mit Carport und Abstellraum
Reinerzau	Flst.-Nr. 400/17 Jungbauernhof	Neubau eines Einfamilienhauses in Massivbauweise, Unterkellert, mit Doppelcarport
Reutin	Flst.-Nr. 57 Hinteres Gässle 6	Verlängerung der Baugenehmigung

Die Bausachen in den Teilorten wurden vom jeweiligen Ortschaftsrat vorberaten und ein entsprechender positiver Empfehlungsbeschluss für den Gemeinderat gefasst.

StR Gutmann merkt an, dass die Stellungnahme vom Ortschaftsrat Reinerzau bezüglich Bauvorhaben Jungbauernhof noch fehle. BM wird dies dementsprechend formulieren.

Das Gremium fasst einstimmig (vorbehaltlich der Zustimmung des Ortschaftsrates Reinerzau zum Bauvorhaben Flst.-Nr. 400/17) folgenden

Beschluss:

Das Einvernehmen zu den o.g. Bauvorhaben wird nach § 36 Baugesetzbuch erteilt.

7. Bekanntgaben

BM Pfaff verliest die Anfrage zur Bürgerfragestunde vom 09.03.2021 bezüglich Planung Teil-FNP-Windkraft. Hier wurde gefragt, wie hoch die Kosten für das bisherige Verfahren waren. Die Stadtverwaltung hat bis zu dem heutigen Tag Kosten in Höhe von 270.115,37 € zu tragen gehabt. Davon entfallen 78.356,37 € auf die Rechtsberatung und 191.759,- € auf die Planungsleistungen.

Die Beschaffung der Schnelltests im Rahmen der kommunalen Teststrategie für Schulen und Kindergärten wurde am 24.03. 2021 durch einen Eilentscheid des Bürgermeisters erteilt. Es werden 2.500 Tests für einen Gesamtbetrag von 17.409,70 € bestellt, welche vom Land wieder zurückerstattet werden. Dies bedeutet, dass es sich um einen durchlaufenden Posten handelt.

Mit Schreiben vom 19.03.2021 des Landratsamtes Freudenstadt wurde der Stadt Alpirsbach mitgeteilt, dass die Prüfung der Wahlunterlagen der Wahl- und Briefwahlvorstände keine grundsätzlichen Beanstandungen ergaben.

Die Bürgerinitiative für strahlungsarme Höhenstadtteile Alpirsbach informiert mit Schreiben vom 19.03.2021 und Mail vom 26.03.2021 die Verwaltung zur Thematik 5G-Ausbau. BM Pfaff teilt mit, dass die Verwaltung das Schreiben an den Gemeinderat weitergeleitet habe und der damit verbundene Antrag in einer der nächsten Sitzungen beraten werde.

Das Testzentrum in Alpirsbach sei bisher bis 31.03.2021 geplant, wurde aber gemeinsam mit dem DRK, DLRG und StR'in Dr. Mahabadi bis 18.04.2021 verlängert.

8. Anfragen, Anregungen, Anträge

StR Hermann spricht das Thema Funkmasterrichtung in den Höhenstadtteilen an und erkundigt sich nach den neuesten Erkenntnissen. BM Pfaff informiert, dass die Deutsche Netzagentur, welche für die Telekom tätig ist, derzeit in der Aufarbeitung und Begehung der möglichen Standorte in den Ortsteilen sei. Die Umsetzung erfolge schrittweise. Sobald ein Standort realisiert werde, wird die Verwaltung bzw. der Ortschaftsrat und das zuständige Gremium informiert. Gemäß Beschluss des Gemeinderates hat die Stadtverwaltung für den Ortsteil Reutin keinen städtischen Platz zur Verfügung gestellt. Hier geht nun die Deutsche Netzagentur auf Standortsuche bei privaten Grundstückseigentümern.

StR Hermann möchte wissen, ob im Bereich Lindenbrunnen noch Sitzbänke hinkommen. Herr Hettich informiert, dass diese bestellt seien, die Firma hätte aber Lieferschwierigkeiten.

Zuletzt erkundigt sich StR Hermann über die Neuigkeiten der Ortsdurchfahrten in Peterzell. Herr Hettich geklärt, dass die Gespräche liefen und erläutert anschließend den aktuellen Ablaufplan.

StR Rehm verlässt um 20.01 Uhr die Sitzung.